

Positionen der Parteien zu Ehrenamt und Zivilgesellschaft, Vereine und Gemeinnützigkeit

Zusammenstellung Christoph Lienkamp (attac Freiburg)

für das Vereinsbündnis zur Befragung der LandtagskandidatInnen am 2. März 2021

[\(zur Ankündigung\)](#)

Inhaltsverzeichnis

Grüne.....	1
CDU.....	2
SPD.....	3
Linke.....	3
FDP.....	4

Grüne

Wir Grüne fördern und stärken ehrenamtliches Engagement. Mit der Engagementstrategie Baden-Württemberg hat die grün-geführte Landesregierung eine Strategie zur Stärkung der Bürgergesellschaft auf den Weg gebracht. Wir Grüne wollen erreichen, dass sich alle Menschen engagieren können – unabhängig von Alter, Herkunft, einer Behinderung, Einkommen, Bildung, Religion, Geschlecht oder sexueller Orientierung. Wir wollen noch mehr Menschen für das Ehrenamt begeistern und das bürgerschaftliche Engagement noch besser würdigen. Dafür werden wir eine Ehrenamtsoffensive starten. Denn das Ehrenamt braucht gute Rahmenbedingungen. Wir werden unnötige bürokratische Hürden, die viel Zeit und Verwaltungsarbeit kosten, abbauen. Die Vernetzung der Ehrenamtlichen soll gestärkt werden, um die Möglichkeiten für den Austausch von Wissen und Erfahrung zu verbessern. Gutes Ehrenamt braucht hauptamtliche Unterstützung. Wir werden mehr Weiterbildungsmöglichkeiten für Engagierte schaffen und zudem eine Ehrenamtskarte einführen. Sie soll den Ehrenamtlichen einen praktischen Nutzen bieten und ihnen ein paar wohlverdiente schöne Stunden ermöglichen – beispielsweise beim kostenfreien Besuch von Kultureinrichtungen. Im Bund werden wir uns außerdem für eine höhere steuerfreie Aufwandspauschale einsetzen. Viele junge Menschen im Land bringen sich aktiv in die Gesellschaft ein: auf der Straße, in zahlreichen Vereinen oder auch im Rahmen von Freiwilligendiensten. Diese Erfahrung wollen wir noch mehr jungen

Menschen ermöglichen und ihr Engagement belohnen. Deshalb werden wir die Landesmittel für die Jugendfreiwilligendienste erhöhen und der hohen Nachfrage nach Plätzen im Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) und Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ) gerecht werden. Die Einführung eines sozialen Pflichtjahrs lehnen wir ab – Engagement lebt von Freiwilligkeit und der Motivation und Freude aus sich selbst heraus, sich für etwas einzusetzen. Wir wollen darüber hinaus erreichen, dass soziales und ökologisches Engagement verstärkt beim Hochschulzugang oder einer Ausbildung berücksichtigt wird. Mit einem Freiwilligen-Pass wollen wir ermöglichen, dass jede*r Freiwilligendienstleistende künftig ermäßigte Eintrittspreise beispielsweise in Freibädern und anderen Einrichtungen erhält.

Die Antidiskriminierungsstelle soll künftig außerdem flächendeckende Informationskampagnen gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit erarbeiten und **gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Organisationen** Workshops zur Antidiskriminierungsarbeit in der Fläche anbieten.

In den vergangenen Jahren hat die grün-geführte Landesregierung in einer Verantwortungsgemeinschaft mit den Kommunen **und der Zivilgesellschaft** vielen **Geflüchteten geholfen** und mit verschiedenen Maßnahmen für eine bessere Unterbringung und Versorgung der Menschen gesorgt, die zu uns gekommen sind.

Wir Grüne stehen für eine Politik des Gehörtwerdens und der Transparenz. Diese Politik haben wir als grün-geführte Landesregierung erfolgreich mit Leben gefüllt: **Mit dem Amt der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung haben wir eine in Deutschland einmalige Stelle geschaffen.**

Zivilgesellschaftliches Engagement, Forschung und politische Bildung sind unsere wichtigsten Instrumente im **Kampf gegen rechts**.

Ressortübergreifend haben wir die entwicklungspolitischen Leitlinien Baden-Württembergs erarbeitet und dabei die **Zivilgesellschaft** in dem breit angelegten **Beteiligungsprozess „Weltbürger:gefragt!“** einbezogen.

Baden-Württemberg lebt von seinen starken, weltweit tätigen Unternehmen und seiner lebendigen **Zivilgesellschaft. Sie bergen großes Potenzial, unsere internationale Zusammenarbeit fit zu machen für die globalen Herausforderungen und den überfälligen ökologisch-sozialen Transformationsprozess des neuen Jahrzehnts! Die vielen Akteur*innen und Projekte in der Entwicklungszusammenarbeit werden wir Grüne weiterhin fördern und über alle Bereiche vernetzen.**

Baden-Württemberg übernimmt weltweit Verantwortung für eine ökonomisch, ökologisch und sozial tragfähige Gestaltung der Zukunft. Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir das breite Netzwerk der entwicklungspolitischen Akteur*innen weiterhin intensiv unterstützen und den entwicklungspolitischen Dialog mit den zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, der Wissenschaft und der Wirtschaft vertiefen. Über den Rat für Entwicklungszusammenarbeit sowie über Informations- und Netzwerkplattformen werden wir dafür sorgen, die vorhandenen Ressourcen noch wirksamer nutzen zu können. Projekte und das Engagement in Ländern des Globalen Südens sind dabei von großer Bedeutung.

Deshalb sollen E-Sport-Vereine genauso von der **Gemeinnützigkeit (nur einmal)** profitieren können wie andere Sportvereine.

CDU

Die Worte Gemeinnützigkeit oder Zivilgesellschaft finden sich nicht im Programm der CDU.

Unter Nr. 85.: EHRENAMT FÖRDERN UND ANERKENNEN.

Baden-Württemberg ist das Land des Ehrenamts. Der Beitrag, den die verschiedenen Vereine und Organisationen aus Sport, Musik und Kultur, Jugend und Soziales, Kirchen, Natur- und Umwelt sowie Rettungsdienste und Feuerwehren für die Gesellschaft und die Integration leisten, ist von unschätzbarem Wert. Wir als CDU haben in der Vergangenheit immer darauf geachtet, dass die notwendige Unterstützung vor Ort ankommt und wollen dies auch in Zukunft sicherstellen. Um die breite ehrenamtliche Beteiligung zu sichern, werden wir die Unterstützung des Landes ausbauen und die Stelle eines Landesbeauftragten für das Ehrenamt schaffen. Mit der Einführung einer Ehrenamtskarte wollen wir den Ehrenamtlichen im Land darüber hinaus Anerkennung für das Geleistete – etwa durch vergünstigte Eintrittspreise zu Veranstaltungen und Sehenswürdigkeiten – zuteil werden lassen. Um das Ehrenamt in seiner Arbeit zu unterstützen, wollen wir die Beratungs- und Serviceleistungen bei den Registergerichten weiter ausbauen. Eine kostenlose Beglaubigung von Vereinsangelegenheiten soll bei den Kommunen zukünftig wieder flächendeckend möglich sein. Wir werden zudem die Vorschläge des Normenkontrollrates zur Entlastung der Vereine und des Ehrenamtes zeitnah angehen. Auch im Umgang mit der Datenschutzgrundverordnung wollen wir die Informations- und Beratungsangebote ausbauen, Entlastungsmaßnahmen umsetzen und auf europäischer Ebene auf Erleichterungen drängen.

NR. 88 Wir lassen den Sport auch in der Corona-Krise nicht allein. Mit der „Soforthilfe Sport“ haben wir knapp zwölf Millionen Euro für die Vereine und die Sportverbände in Württemberg sowie im Gebiet des Badischen Sportbunds Nord und des Badischen Sportbunds in Südbaden zur Verfügung gestellt.

Nr.90 Wir wollen daher die Chorleiter- und Dirigentenpauschale für die Chor- und Blasmusikvereine künftig entsprechend der Zahl der Ensembles auszahlen

SPD

Demokratie im Land: Auch Vereine, Initiativen und Ehrenamtliche, die sich für die Stärkung der Demokratie oder für den Zusammenhalt der Gesellschaft einsetzen, wollen wir strukturell und finanziell fördern. Wir wollen die Gelder für das Demokratiezentrum Baden-Württemberg erhöhen und mehr „Kompetent vor Ort“-Stellen¹ schaffen.

JUNGES ENGAGEMENT WERTSCHÄTZEN – JUGENDVERBANDSARBEIT FÖRDERN : Die Jugendverbandsarbeit prägt das Leben vieler junger Menschen. Wir wissen, wie viel Tausende Ehrenamtliche und Engagierte jeden Tag leisten und welche Bedeutung diese Arbeit für den sozialen Zusammenhalt hat. Wir wollen die Jugendarbeit stärker fördern und ehrenamtliche Tätigkeiten zum Beispiel als Ersatzleistungen in Schule und Studium anerkennen.

Zu Wohnraum: Durch Modelle wie Genossenschaften, das Miethäusersyndikat und Bürger*innenvereine kann es möglich werden, dass auch weniger wohlhabende Menschen die

Chance auf Eigentum erhalten. Neben Kommunen sollen auch Genossenschaften, Vereine oder zum Beispiel Kirchen dabei unterstützt werden, solche Modelle anzubieten.

International: Gemeinsam setzen wir Impulse, damit noch mehr Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg die Nachhaltigkeitsziele konkret in ihre Politik einbeziehen. Initiativen und Gruppen, die in der Zivilgesellschaft tätig sind, werden wir aktiv unterstützen.

Linke

Die Gemeinnützigkeit von antifaschistischen Organisationen wie VVN/BdA zu schützen und steuerlich zu fördern.

Die Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements: Wir wollen eine stärkere Förderung von Projekten zur Gewaltprävention, zur Demokratieförderung und für Antirassismus.

FDP

Allerdings darf der Datenschutz insbesondere für ehrenamtlich Tätige, Vereine und den Mittelstand nicht zu unwirksamen und bürokratischen Mehrbelastungen führen.

...Uns dafür einsetzen, dass im Bereich der Datenschutzpflichten klarer zwischen großen datenverarbeitenden Unternehmen und Kleinunternehmen oder ehrenamtlich Tätigen unterschieden wird

Unter Feuerwehr Rettungskräfte:

Gerade die größtenteils ehrenamtliche Struktur sorgt dafür, dass junge Menschen bereits früh soziales Verhalten lernen und gesellschaftliche Verantwortung übernehmen. Deshalb wollen wir Freie Demokraten Feuerwehren und Rettungsorganisationen bei der Nachwuchsförderung unterstützen. Die Nachwuchszahlen sind aufgrund von verschiedenen Faktoren wie dem demografischen Wandel und der starken Einbindung von jungen Menschen in ihre Ausbildung oder ihrem Berufsleben rückläufig. Erforderlich ist es daher, Strategien zu entwickeln, die die Ausübung eines Ehrenamtes neben Ausbildung oder Beruf ermöglichen. Des Weiteren müssen besonders für junge Menschen Anreize zur Aufnahme einer ehrenamtlichen Tätigkeit geschaffen werden.

Wir wollen dafür auch Formen einer materiellen Anerkennung von langjährigem ehrenamtlichem Engagement schaffen.

die Hospizeinrichtungen finanziell unterstützen und die Arbeit - auch von Ehrenamtlichen - weiter fördern.

Wir dürfen das ehrenamtliche Engagement nicht durch überzogene Anforderungen steuerlicher, datenschutzrechtlicher oder ordnungsrechtlicher Regelungen so weit erschweren, dass den Aktiven die Energie für ihre eigentliche Tätigkeit verloren geht. Wir müssen in den Anforderungen differenzieren, ob die Regelungen für professionelle oder ehrenamtlich erbrachte Leistungen gelten. Hier ist nicht nur der Gesetzgeber gefordert, Übermaß zu vermeiden, sondern der

Verwaltungsvollzug muss mit dem notwendigen Gespür für die besondere Situation ehrenamtlich Tätiger gestaltet werden.

Wir werden:

- sowohl bestehende Landesgesetze als auch die Verwaltungspraxis systematisch auf vermeidbare Hürden und Belastungen für ehrenamtlich Tätige überprüfen und die rechtlichen Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement verbessern.
- Mitarbeiter der Rettungsdienste rechtlich verlässlich gegen Angriffe Dritter schützen.
- die Kooperation zwischen Schulen und Vereinen intensivieren, um gerade bei Ganztageschulen ehrenamtliches Engagement der Jugendlichen zu fördern und nicht unnötig zu behindern.
- ehrenamtliche Arbeit von LSBTI-Initiativen wie Jugendgruppen oder Coming-Out-Beratungen durch das Land stärker unterstützen. Wir sehen insbesondere im ländlichen Raum Nachholbedarf und fordern deshalb ein umfassendes digitales Beratungsangebot.
- bürgerschaftliches Engagement in den Arbeitsbereichen der Justiz attraktiver gestalten. Die Betätigungsfelder reichen von ehrenamtlich tätigen Bewährungshelfern und Betreuern über die ehrenamtliche Mitarbeit im Strafvollzug bis hin zu gerichtsnahen Funktionen wie der Tätigkeit als Schöffe oder Zeugenbegleiter.
- ehrenamtliches Engagement im Bereich der Altenpflege weiter fördern. Seite 97 von 113
- Anreize schaffen, um auch ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen zu ehrenamtlichem Engagement zu ermutigen.
- ehrenamtliches Engagement im Katastrophenschutz (FFW, DRK, THW etc.) besonders fördern.
- dafür sorgen, dass Ehrenamtliche, Vereine und kleine und mittlere Unternehmen bei der Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung seitens des Landes soweit wie rechtlich zulässig von unnötiger und unverhältnismäßiger Bürokratie befreit werden.
- die Gefährdung ehrenamtlicher Strukturen - insbesondere in Vereinen - während und wegen der Corona-Pandemie durch gezielte und zeitlich befristete Förderprogramme verringern.